

Amtsblatt

Ausgabe B
ohne öffentl. Anzeiger.

der Preussischen Regierung in Liegnitz.

Stück 24

Ausgegeben Liegnitz, den 15. Juni.

1929

Bekanntmachungen für die nächste Nummer müssen bis spätestens Mittwoch früh 8 Uhr bei der Amtsblattstelle eingehen.

Inhalt: Inhaltsangabe der Nummer 30, Teil II des Reichsgesetzblattes. S. 137. — Verordnung zum Schutze der gefährdeten Raubvogelarten. S. 137. — Durchschnittspreise für Häute. S. 138. — Königlich Großbritannischer Vizekonsul in Breslau. S. 138. — Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Hamburg. S. 138. — Standesamtsbezirksveränderungen im Kreise Vollenhain. S. 138. — Veränderung der Satzung der Wassergenossenschaft Leichhof in Leichhof, Kreis Freystadt. S. 138. — Satzung der Dränungsgenossenschaft Leuthen in Leuthen, Kreis Sagan. S. 138. — Bekanntmachungen von Ortspolizeiverordnungen. S. 138. — Satzung der Dränungsgenossenschaft Nieder Polkwitz in Nieder Polkwitz im Kreise Glogau. S. 138. — Ungültigkeitserklärung eines Wandergewerbescheins. S. 139. — Provinziallandtagsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei für den Wahlbezirk Bunzlau. S. 139. — Wegeverlegung im Amtsbezirk Spiller. S. 139. — Wegeeinziehung im Amtsbezirk Klein Neida, Kreis Sogerswerda. S. 139. — Wegeeinziehungen im Amtsbezirk Birngrub. S. 139. — Personalanachrichten. S. 140.

Inhalt des Reichsgesetzblattes.

386. Die Nummer 30, Teil II des Reichsgesetzblattes enthält:

das Gesetz über das Luftverkehrsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden, vom 29. Mai 1929,

das Gesetz über das Luftverkehrsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Norwegen, vom 29. Mai 1929,

die Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung, vom 28. Mai 1929,

die Bekanntmachung über die Ausdehnung des deutsch-britischen Abkommens über den Rechtsverkehr vom 20. März 1928 auf Nordirland, vom 1. Juni 1929,

die Bekanntmachung über den Beitritt Ungarns zur Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutze des gewerblichen Eigentums und zum Madrider Abkommen vom 14. April 1891, betreffend die internationale Registrierung von Fabrik- oder Handelsmarken, beide zuletzt revidiert im Haag am 6. November 1925, vom 1. Juni 1929, und

die Bekanntmachung über die Ratifikation des Zusatzabkommens zu dem Handels- und Schiffahrtsvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slovenen, vom 4. Juni 1929.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Preussischen Zentralbehörden.

387. Verordnung zum Schutze der gefährdeten Raubvogelarten. Auf Grund des § 30 des Feld- und Forstpolizei-

gesetzes im Wortlaut der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926 (GS. S. 83) wird für den Umfang des Preussischen Staatsgebietes angeordnet:

§ 1. Es ist verboten, Belohnungen für den Abschuss oder Fang von Raubvögeln auszusetzen, auszusuchen oder in Empfang zu nehmen.

§ 2. Die Regierungspräsidenten — in Berlin der Polizeipräsident — werden ermächtigt, für den Bereich ihres Bezirks in besonderen Fällen Ausnahmen von den Verböten zuzulassen. Diese Ausnahmen sollen in der Regel nicht für mehr als ein Jahr, unbeschadet der für Raubvögel bestehenden Schutzzeiten, gelten und können von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, auch bei Bekanntgabe der Ausschreibungen, abhängig gemacht werden.

§ 3. (1) Soweit Ausnahmen nach § 2 zugelassen sind, dürfen Belohnungen für das Abliefern von Raubvogelfängen lediglich nach Vorlegung amtlicher Ausweise über die erfolgte Prüfung der Belegstücke angefordert, ausbezahlt oder in Empfang genommen werden. Die zuständigen Regierungspräsidenten — in Berlin der Polizeipräsident — bestimmen, wer die amtliche Prüfung vorzunehmen und den Ausweis auszustellen hat.

(2) Über die gezahlten Belohnungen ist von der zahlenden Stelle eine laufende Nachweisung zu führen, der die amtlichen Ausweise nach Absatz (1) beizufügen sind; diese Unterlagen sind den zuständigen amtlichen Stellen auf Anfordern vorzulegen.

§ 4. (1) Wer dieser Verordnung oder daraufhin ergehenden Anordnungen zuwiderhandelt, wird nach § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft bestraft, soweit nicht schärfere Strafbestimmungen anzuwenden sind.

(2) Anweisungen der Jagdberechtigten an ihre Beauftragten bleiben durch vorstehende Bestimmungen unberührt.

§ 5. Diese Verordnung tritt am 10. Juni 1929 in Kraft. Gleichzeitig wird die Polizeiverordnung vom 3. März 1927 — Deutscher Reichs- und Preussischer Staatsanzeiger Nr. 55 vom 7. März 1927) aufgehoben.

Berlin, den 30. Mai 1929.

Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Der Preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

388. Durchschnittspreise für Häute nach dem Bericht des Wirtschaftsverbandes Deutscher Abdeckereiunternehmer in Hamburg für Mai 1929:

Rohhäute 220/— cm . . .	R.M.	15,50	pro Stück
„ 200/219 cm . . .	„	11,50	„ „
„ —/199 cm . . .	„	8,—	„ „
Fohlenfelle	„	4,—	„ „
Rindhäute	„	—,37	„ Pfund
Fresserfelle	„	—,45	„ „
Kalbfelle	„	—,65	„ „
Schaf- und Lammfelle . . .	„	—,30	„ „
Ziegenfelle, trocken . . .	„	2,50	„ Stück
Zidelfelle, trocken . . .	„	—,30	„ „

Ostpreussische Häute notierten 10% niedriger.

Berlin W. 9, den 3. Juni 1929.

Der Preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Oberpräsidenten.

389. Herr Donald St. Clair Gainer ist zum königlich Großbritannienischen Vizekonsul in Breslau ernannt worden.

Breslau, den 1. Juni 1929.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien.

390. Der bisherige Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Hamburg, Gabriel Vie Raondal, ist zum Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin ernannt worden.

Breslau, den 3. Juni 1929.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Regierungspräsidenten und der Regierung.

391. Auf Grund des § 2 Abs. 1 des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 bestimme ich:

Die mit der Landgemeinde Rauder vereinigte Landgemeinde Preilsdorf, Kreis Bolkenshain, scheidet mit Wirkung vom 1. Juni 1929 aus dem Standesamtsbezirk Wiederau aus und gehört vom gleichen Zeitpunkte ab zum Standesamtsbezirk Rohnstod.

Liegnitz, den 4. Juni 1929. Der Regier.-Präsident.

392. In der in Nr. 23 unter laufender Nr. 417 des Regierungsamtsblattes von 1927 veröffentlichten Satzung der Wassergenossenschaft Leichhof in Leich-

hof, Ars. Freystadt, sind im § 2 hinter der Zahl 1926 die Worte „den Ausbau und“ einzufügen.

Liegnitz, den 6. Juni 1929. Der Regier.-Präsident.

393. Der Absatz 4 im § 5 der in Nr. 16 unter laufender Nummer 255 des Amtsblattes von 1929 veröffentlichten Satzung der Dränungsgenossenschaft Leuthen in Leuthen, Kreis Sagan, erhält folgenden Wortlaut:

Jeder Genosse kann sein Stimmrecht durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter ausüben.

Liegnitz, den 7. Juni 1929. Der Regier.-Präsident.

394. Auf Grund des § 144 Abs. 2 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 — G.S. S. 195 — und auf Grund des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 — G.S. S. 265 — verordne ich hiermit folgendes:

I. Abschnitt II Abs. 2 meiner Anordnung vom 20. Mai 1926, betreffend die Art der Verkündung orts- und kreispolizeilicher Vorschriften, wird, wie folgt, geändert.

Die von den städtischen Polizeiverwaltungen erlassenen Polizeivorschriften müssen in den Städten, in welchen ein Stadt- oder Ortsblatt als amtliches Organ von der Polizeiverwaltung anerkannt ist, durch dieses veröffentlicht werden. Besteht ein solches Blatt nicht, so müssen die Polizeivorschriften durch das Kreisblatt, ferner durch einwöchige Auslegung oder einwöchigen Anschlag oder Aushang im Rathaus verkündet werden.

II. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt in Kraft. Liegnitz, den 10. Juni 1929. Der Regier.-Präsident.

395. Die für die Dränungsgenossenschaft Nieder Polkwitz in Nieder Polkwitz im Kreise Glogau aufgestellte Satzung ist auf Grund des § 270 Abs. 3 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (G.S. S. 53) am 2. Mai 1929 genehmigt worden. Sie enthält u. a. folgende Festsetzungen:

§ 1. Die Genossenschaft führt den Namen: „Dränungsgenossenschaft Nieder Polkwitz“ und hat ihren Sitz in Nieder Polkwitz.

§ 2. Die Genossenschaft bezweckt nach dem allgemeinen Plane des Kulturingenieurs Baenner in Liegnitz vom 27. Juli 1927 die Entwässerung von Grundstücken und die Unterhaltung von Entwässerungsanlagen.

§ 18. Die Mitgliederversammlung beschließt über:

1. die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters (§ 7);

2. die Wahl der außer dem Vorstande der Schaukommission angehörnden Mitglieder (§ 22);

3. die Festsetzung der dem Vorsteher und dem Genossenschaftstechniker zu gewährenden Entschädigung (§§ 6, 23);

4. die Wahl der Schiedsrichter und ihrer Stellvertreter (§ 25);

5. die Aufstellung des Haushaltsplans und die Feststellung und Entlastung der Rechnung (§ 11);

6. die Abänderung der Satzung nach § 275 Abs. 1, 2, 3 des Wassergesetzes;

7. die Auflösung der Genossenschaft.

§ 19. Die Aufsichtsbehörde beruft die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Mitgliederversammlung und stellt zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebiets auf wobei jedes angefangene Hektar als voll zu rechnen ist.

Die weiteren Mitgliederversammlungen sind durch den Vorstand zusammenzuberufen.

Die Einladung zu den Mitgliederversammlungen erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ortsübliche Bekanntmachung in den Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder teilweise angehört. Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen. Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

§ 26. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen zu lassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in die Kreisblätter der Kreise Glogau/Lüben aufgenommen, sofern nicht die ortsübliche Bekanntmachung allein durch diese Satzung vorgeschrieben ist.

Der Vorsteher hat neben anderen in der Satzung ihm zugewiesenen Aufgaben:

Die Beschlüsse des Vorstandes und der Mitgliederversammlung zu beurkunden.

Liegnitz, den 11. 6. 1929. Der Reg.-Präsident.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Bezirksausschusses, des Oberversicherungsamts und des Versorgungsgerichts.

396. Der in Verlust geratene Wandergewerbeschein 3930 des Händlers Georg Kobelt aus Ledersrose, Kr. Striegau — früher Jauer — wird für ungültig erklärt.

Liegnitz, den 7. Juni 1929. Der Bezirksausschuß.

Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

397. Der Provinziallandtagsabgeordnete der Sozialdemokratischen Partei für den Wahlbezirk Bunzlau, Herr Erster Bürgermeister Burmann, hat seinen Wohnsitz nach Frankfurt a. Main verlegt, so daß die Voraussetzungen für seine Wählbarkeit zum Provinziallandtag weggefallen sind.

Gemäß § 22 des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage vom 7. Oktober 1925 wird die Erledigung der Stelle zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Breslau, den 3. Juni 1929.

Der Landeshauptmann von Niederschlesien.

398. Der Stellenbesitzer Oswald Rindfleisch = Magdorf Nr. 31 Krs. Löwenberg beantragt, von dem öffentlichen Weg, welcher von der Dorfstraße aus durch sein Gehöft nach Spiller führt, den Teil des Weges durch sein Gehöft aus wirtschaftlichen Gründen zu verlegen. Ich bringe dieses Vorhaben gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen innerhalb einer Frist von 4 Wochen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei mir schriftlich oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist erhobene Einwendungen können nicht berücksichtigt werden. Ein Lageplan liegt während der Dienststunden in meinem Amtszimmer zur Einsicht aus.

Spiller, den 2. Juni 1929. Der Amtsvorsteher.

399. Der zwischen den Grundstücken des Landwirts August Retschte und des Bäckermeisters Max Krüger in Klein-Neida hindurchführende, in den Verbindungsweg der Wittichenauer Straße mit der Dresdener Straße in Klein-Neida einmündende öffentliche Weg soll eingezogen werden, da dieser für den öffentlichen Verkehr nicht erforderlich ist.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 bringe ich dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis und fordere auf, etwaige Einsprüche innerhalb 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen, widrigenfalls solche ausgeschlossen werden.

Ein Lageplan des einzuziehenden Weges liegt in meinem Amtszimmer zur Einsicht aus.

Klein-Neida, den 3. Juni 1929. Der Amtsvorsteher.

400. 1. Die Gemeinde Langwasser, Kr. Löwenberg, hat beantragt, den alten Weg, abzweigend von der Dorfstraße, bei dem Hause Nr. 179, endend an der Brücke des Hauses Nr. 207. Kartenblatt 24, Flächenabschnitt Nr. 25, aus dem öffentlichen Verkehr zu ziehen, da er nicht mehr benötigt wird.

2. Die Franz Seifert'schen Erben in Langwasser Nr. 29, haben beantragt, ihren Gutsweg, Kartenblatt Nr. 106, von der Kunststraße Langwasser, bis an die Grenze Gemarkung Birngrüh, sowie den Verbindungsweg, Kartenblatt Nr. 107, Guts- und dem Fiebigsweg, aus dem öffentlichen Verkehr zu ziehen.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883, werden diese Vorhaben zur öffentlichen Kenntnis gebracht, mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche dagegen zur Vermeidung des Ausschlusses binnen 4 Wochen nach Veröffentlichung, bei mir geltend zu machen.

Nach Ablauf dieser Frist erhobene Einwendungen können nicht berücksichtigt werden.

Birngrüh, den 10. Juni 1929.

Der Amtsvorsteher.

Personalnachrichten.

401. Der bei der hiesigen Regierung beschäftigte Direktorstellvertreter Hoff ist zum Regierungs- und Gewerbeschulrat ernannt worden.

Liegnitz, den 8. Juni 1929. Der Regier.-Präsident.

402. Die Regierungspraktikanten Tirpitz, Hübel und Kühnast bei der hiesigen Regierung sind mit

Wirkung vom 1. April 1929 ab zu Regierungsobersekretären ernannt worden.

Liegnitz, den 6. Juni 1929. Der Regier.-Präsident.

403. Im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau sind zu besetzen:

durch den Oberlandesgerichtspräsidenten: 2 JDS.-Stellen b. d. DLG. Breslau, 1 JDS.-Stelle b. d. AG. Gottesberg.